

**Chancen wurden genutzt, aber auch vertan!
Kolpingwerk Deutschland schaut mit Freude und Dankbarkeit auf die historische
Leistung vor 30 Jahren zurück**

Erklärung des Bundesvorstandes zum 30. Jahrestag der Wiedervereinigung Deutschlands

Mehr als 150 Kolpingsfamilien in Ostdeutschland haben leidvoll in den Zeiten von Nationalsozialismus und der darauffolgenden sozialistischen Diktatur gravierende Einschränkungen in ihrer Arbeit und in ihrem Aktionsradius erfahren müssen. Es gehörte Mut dazu, sich in der DDR aktiv zu Kolping zu bekennen. Mit großer Freude und Dankbarkeit schaut das Kolpingwerk Deutschland deshalb auf die historische Leistung der Wiedervereinigung vor 30 Jahren zurück. Mit dem Erinnern an eine Sternstunde deutscher Geschichte geht der Appell des Bundesvorstandes einher, dass Demokratie, Freiheit und Freizügigkeit nicht als selbstverständlich und für immer gegeben angesehen werden dürfen.

Vor mehr als dreißig Jahren war das, was heute als selbstverständlich gegeben erscheint, noch eine Utopie. Deutschland war in zwei Machtblöcke getrennt. Was sich im Herbst 1989 ereignete, hat Weltgeschichte geschrieben. Den 30. Jahrestag der Wiedervereinigung nimmt das Kolpingwerk zum Anlass, die Ereignisse von damals in Erinnerung zu rufen, gerade im Kontext aktueller Radikalisierungstendenzen in Gesellschaft und Politik.

Der Freiheitswunsch der Menschen war stärker

Menschen in Mittel- und Osteuropa standen vor einer gravierenden Zeitenwende. Weltgeschichtliche Ereignisse bahnten sich an. Es waren unruhige Zeiten. Politische Erdbeben begannen die Diktaturen zu stürzen. Dieses führte auch zu einem beispiellosen Aufbegehren der BürgerInnen in der DDR gegen ein autoritatives SED-Regime mit diktatorischen Mechanismen, das Menschenrechtsverletzungen selbstverständlich legitimierte, nur um seine Macht und Ideologie zu sichern. Unterdrückte BürgerInnen

ertrugen nicht länger die Ignoranz der Machthabenden und die tägliche Unterdrückung ihrer Freiheit. In den dramatischen Tagen im Herbst 1989 wurde deutlich, welche Kraft die Sehnsucht nach Freiheit entwickeln kann. Am Ende musste die SED ihre Unrechtherrschaft aufgeben, die befürchtete militärische Niederschlagung der Demokratiebewegung in der DDR etwa nach dem Vorbild des Tian'anmen-Massakers am Platz des Himmlischen Friedens in Peking blieb aus. Die DDR implodierte.

Was nach dem Zusammenbruch folgte

Mit dem schnellen Zusammenbruch des SED-Regimes und der DDR wurden gleichfalls Erwartungen geweckt und Hoffnungen verbunden. Die Mehrheit der BürgerInnen in der DDR sehnte sich nach den wirtschaftlichen, sozialen und demokratischen Bedingungen der Bundesrepublik Deutschland, die zuvor von der SED als „Klassenfeind“ ausgegeben wurde. Allerdings war ein „sanfter Übergang“ nicht gegeben. Unterschiedliche Erwartungshaltungen, auch teils unrealistische Grundhaltungen haben sehr schnell eines deutlich gemacht: Die Menschen in der Deutschen Demokratischen Republik und in der Bundesrepublik Deutschland waren nicht nur wirtschaftlich, sondern auch sozial und lebensweltlich durch eine Mauer getrennt. Die zwei Systemwelten zementierten Unterschiede, die erst bei einer erstmaligen Begegnung zwischen Ost- und WestbürgerInnen aufeinanderprallten und sich in teilweise großen lebensweltlichen Differenzen offenbarten.

Grundsatzdebatten in sich überschlagenden Debattenfolgen, wie „für oder gegen die schnelle Wiedervereinigung; für oder gegen die Einführung der D-Mark – und zu welchen Bedingungen“, hatten schneller als erwartet die Vereinigungseuphorie beendet. So groß auch die Freude der WestbürgerInnen, dass die DDR und deren Unterdrückungssystem der Vergangenheit angehörten, so sehr waren plötzlich Verteilungsdebatten und Gerechtigkeitsfragen verantwortlich und ursächlich für teils heftige und wütende Auseinandersetzungen. In diesem Kontext sorgte die „1 zu 1“-Übertragung westlicher Handlungslogiken – etwa in der öffentlichen Verwaltung – auf die ehemalige DDR für enormen Konfliktstoff. Es entstand Unverständnis und auch das Gefühl, als ehemalige BürgerInnen der DDR nicht ernst genommen zu werden. Es vermischte sich nicht selten mit der individuellen Wahrnehmung, dass die persönliche Leistung und Lebenserfahrung aus der DDR nicht geachtet werden.

BürgerInnen zweiter Klasse?

Im Rückblick sind viele Entscheidungen kritisch zu betrachten. Allerdings darf nicht vergessen werden, dass die Stimmungslage damals auf eine schnelle „Angleichung“ der an die westlichen Lebensverhältnisse fixiert war. Unrealistische Vorstellungen und Erwartungshaltungen haben die Debatten vergiftet. Ehemalige SED-Funktionäre redeten von der DDR als der siebtstärksten Volkswirtschaft, obwohl die DDR schlicht pleite war. Politisch Verantwortliche der SED-Diktatur sind nicht zur Rechenschaft gezogen worden, was insbesondere jenen Menschen in der DDR, die sich in Oppositionshaltung zur Diktatur der SED auffassten und die vielen von Menschenrechtsverletzungen Betroffenen die „Gewissheit“ vermittelte, dass das „BRD-System“ auch nicht besser sei, weil viele der alten SED-Funktionäre auch im „neuen System“ als Privilegierte weiterlebten.

Auf der anderen Seite standen die Opfer der SED-Willkürherrschaft, die sich oftmals im „neuen System“ benachteiligt fühlten und mit einem Bruch in ihrer Lebensbiographie konfrontiert waren. Damit hatte plötzlich die Demokratie als das „neue System“ ein schlechtes Image. Das bis heute artikulierte Gefühl, als ehemalige BürgerInnen der DDR weiterhin „BürgerInnen zweiter Klasse“ zu sein, hat sich manifestiert, manchmal wird es aber auch als Mittel der kulturellen Abgrenzung zum Westen und Selbstbestätigungsargument gepflegt.

Tiefe Enttäuschungen und Verletzungen haben bleibende Wunden hinterlassen. Oftmals konnte damit kein Vertrauen in die „neue Zeit“ nicht nur bei diesen Menschen entstehen. Im Gegenteil: Die Folgen dieser Kränkungen offenbarten sich heute u.a. in Radikalisierungstendenzen und Demokratiefrost.

Folgen der Wiedervereinigung in Ost und Westdeutschland

Die Wiedervereinigung war ein beispielloser finanzieller Kraftakt, der auch Entwicklungen im Westen gebremst, verhindert oder aufgeschoben hat. Milliardenbeträge sind seit der Wiedervereinigung aufgewendet worden, um die völlig marode DDR-Wirtschaft zu unterstützen. Die Treuhand hat Politik gemacht, allerdings nicht immer im Sinne des Gemeinwohls.

Die ehemaligen BürgerInnen der DDR mussten sich in einem „Hauruckverfahren“ den neuen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedingungen stellen. Sie haben enorme Anpassungsleistungen vollzogen, die nicht wenige von ihnen überforderten. Über die Jahre hinweg ist schleichend die Kluft zwischen Ost und West abgelöst und ergänzt

worden – durch eine wachsende Kluft zwischen benachteiligten und wohlhabenden Regionen in Ost- wie in Westdeutschland zugleich. Zwar bewertet ein großer Teil der ostdeutschen Bevölkerung seine eigene wirtschaftliche Lage heute ähnlich gut wie in Westdeutschland, doch überwiegt bei einem anderen Teil immer noch Unzufriedenheit und eine gefühlte Benachteiligung. Zielsetzung muss weiterhin sein, gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland sicherzustellen.

Nicht vergessen und vernachlässigt werden darf, dass die DDR auch ein erhebliches Problem mit rechtsradikalen Milieus hatte. Für die offizielle SED-Propaganda gab es in einem sozialistischen Vorzeigestaat selbstredend keine Rechtsextremisten. Als sozialistischer Staat stand man für den neuen Menschen, der solidarisch ist und jede Form von Herrschaft über den Menschen ablehnt. Schon 1990 wurde aber erschreckend deutlich, dass sich im Unterdrückungsstaat DDR rechtsradikale Kreise nicht unterdrücken ließen. Was es offiziell nicht gab, das brauchte auch nicht bekämpft werden.

Chancen wurden genutzt, aber auch vertan

Allerdings stehen trotz vieler Schwierigkeiten bei der Vereinigung zweier politisch völlig unterschiedlicher Systeme – einer Demokratie und einer Diktatur – die Leistungen auf beiden Seiten im Vordergrund.

Chancen wurden genutzt, aber auch vertan. Unrealistische Versprechen wurden gemacht, Erwartungshaltungen aus politstrategischer Sicht aufgebaut. Allerdings ist es müßig, den damals Handelnden heute Vorwürfe für Fehlentwicklungen zu machen. Man darf eine Entscheidungssituation immer nur auf der Erkenntnislage der jeweiligen Entscheidungssituation heraus beurteilen. Die Erwartungshaltungen auf einen schnellen Wohlstand in der DDR durch die Übernahme des westdeutschen Systems ist nur eine der Gründe für Verklärungen und Unzufriedenheit zugleich.

Gemeinsam nach vertretbaren Lösungen suchen

Die größte Entwicklungsbremse bei der Gestaltung von nachrevolutionären Zuständen ist das Beharren auf das Denken im jeweils alten System. Weder konnten mit den Denkhaltungen der ehemaligen DDR, noch mit den Denkhaltungen in Westdeutschland alleine gesamtdeutsche neue Fragen gelöst werden. Das lehrt uns unsere nun gemeinsame Geschichte. Nicht das Beharren auf den eigenen Vorteil, nicht die Verteidigung historischer Privilegien bei gleichzeitiger Überforderung von Menschen kann

eine demokratische Kultur schaffen. Die Menschen müssen erst die fremde Situation des Anderen kennen und kennenlernen, um nach gemeinsam vertretbaren Lösungen zu suchen.

Politische Übergangsdebatten und Entscheidungen dürfen nicht nach „Gewinner- oder Verliererkategorien“ geführt werden, sondern nach der Suche nach dem Glück Aller und der gemeinsamen Suche nach dem gemeinen Wohl.

Formen von Autoritarismus und Totalitarismus entschieden entgegnet

Heute werden immer mehr Staaten nach autoritativen Mustern geführt und rechtsstaatliche Prinzipien missachtet. Jeder Form von Autoritarismus und Totalitarismus ist entschieden entgegenzutreten. Wenn Staaten die Missachtung der Menschenrechte allein mit ihrer Ideologie legitimieren und darauf ihre Unrechtsherrschaft aufbauen und stützen, muss die Staatengemeinschaft zum Schutz der Menschenrechte aufrufen und entsprechend handeln!

Die Geschichte der DDR, das Unrecht und die Lebensbedingungen der BürgerInnen in der DDR gilt es auch heute an nachfolgende Generationen zu vermitteln. Dabei spielt es eine entscheidende Rolle, die damaligen politischen Gegebenheiten aus unterschiedlichen Perspektiven und vorurteilsfrei zu vermitteln. Eine Lehre aus den Fehlentwicklungen der Deutschen Einheit ist, dass das Verständnis für die jeweilige Situation des Anderen die zentrale Bedingung und Grundlage für gemeinsames politisches Handeln sein muss.

Verharrungseinstellungen, Verteidigungskämpfe und ein Festhalten an Gewohntem sind einer Vereinigung unterschiedlicher politischer Systeme wie Diktatur und Demokratie nicht dienlich. Statusängste und fehlende Anerkennung waren wesentliche Ursachen für die enormen Konflikte beim deutschen Einigungsprozess.

Gerade in einer Demokratie muss das Wissen um die Geschichte lebendig gehalten werden. Aus der Geschichte sind entsprechende Schlüsse zu ziehen. Die DDR-Geschichte zu kennen, ist Voraussetzung für die Sicherung der Demokratie, die mittlerweile von verschiedenen Kräften wieder zum Feindbild erklärt wird.

So groß der Mut und die Kraft der damaligen Oppositionellen und der Bürgerbewegung gegen das SED-Unrechtsregime waren, so überzeugt und aktiv muss heute die Demokratie gegenüber ihren Gegnern gestärkt werden. Der Erfolg der Bürgerbewegung gegen die DDR-Diktatur mahnt uns, sensibel zu bleiben gegen jede Form von Populismus, Radikalisierungstendenzen, Verschwörungsfanatikern und politischen

Extremisten – gleich ob von rechts und links. Eine nachlässige Einstellung gegenüber den Gefährdern der Demokratie wäre eine Verhöhnung der BürgerInnen, die im Herbst 1989 in einem beispiellosen und mutigen kollektiven Willensakt das menschenverachtende SED-System beendet haben.

Köln, den 03. Oktober 2020

Kolpingwerk Deutschland